

so!i



Fokus

Gerechte Lieferketten

Ihr Engagement macht den Unterschied! solidar.ch

Folgen Sie uns auf Social Media



Titelbild

Arbeiterin in einer kambodschanischen Textilfabrik, wo die Angestellten häufig unbezahlte Überstunden leisten müssen. Foto: ILO/Tiffany Tsang.



Liebe Leserinnen und Leser

Der Black Friday steht vor der Tür – und mit ihm die Schnäppchenjagd, die uns Jahr für Jahr zum Kauf von Dingen verleitet, die wir eigentlich nicht brauchen. Den Preis dafür bezahlen die Arbeiter*innen im Globalen Süden, die in Fabriken und auf Plantagen zu Tiefstlöhnen und mit endlosen Überstunden unsere Jeans, unser Handy oder das Palmöl in unserem Schokoriegel produzieren. Ihre Löhne machen einen Bruchteil des Verkaufspreises aus.

Wie kann es sein, dass Menschen, die Tag für Tag hart arbeiten, in Armut verharren, während die Unternehmen Milliardenprofite einstreichen? Die Ungleichheit der Welt zeigt sich nirgends so deutlich wie in den globalen Lieferketten – kompliziert und intransparent beginnen sie in den Projektländern von Solidar und enden in unseren Läden.

Dieses Heft geht der Frage nach, wie Unternehmen, die Menschenrechte oder Umweltstandards entlang dieser Ketten verletzen, zur Verantwortung gezogen werden können. Reichen freiwillige Selbstverpflichtungen? Welche Wirkung haben Labels? Und welche Rolle spielen staatliche Regulierungen?

Denn in Zeiten, in denen soziale Errungenschaften zurückgedreht und alle Grenzen des Profitstrebens niedrigerissen werden, ist unser Kampf für Gerechtigkeit in der Wertschöpfungskette nötiger denn je.

Felix Gnehm
Geschäftsleiter Solidar Suisse

Inhalt



Fokus

Gerechte Lieferketten

Wir können mit unserem Konsumverhalten zur Ausbeutung von Arbeiter*innen und Zerstörung der Umwelt beitragen oder Alternativen dazu stärken – die Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihren Lieferketten tragen jedoch die Unternehmen. Solidar Suisse setzt sich dafür ein, dass sie zur Rechenschaft gezogen werden können.

Seite 6

In Kürze	4
Fokus	6
Interview	14
Aktuell	15
Behind Solidar	16
Kolumne	17
Rückblick	18
Letzte Seite	19

Solidar empfiehlt

Arbeitende Kinder in der Schweiz

Ein Ausstellungstipp von Katja Schurter

Auch in der Schweiz mussten Kinder arbeiten: Diesem Thema, das heute vor allem im Globalen Süden verortet wird, widmet das Landesmuseum vom 19. Dezember 2025 bis 20. April 2026 die Ausstellung «Aus der Not geboren».

Bereits vor der Industrialisierung leisteten Kinder in der Schweiz einen unentbehrlichen Beitrag zum Familieneinkommen, sei es im Haus, auf dem Hof oder in der Heimarbeit. Mit dem Aufkommen der Industrie wurden Kinder aus armen Familien vor allem in Textilfabriken als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Sie arbeiteten viele Stunden, übernahmen gefährliche und gesundheitsschädigende Aufgaben – zum Beispiel auch in der Zündholzfabrik in Frutigen, siehe Soli 2/2025 – und konnten oft nicht in die Schule. Ab 1830 wurde in den Kantonen nach und nach die Schulpflicht eingeführt und 1877 die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren in Fabriken verboten. Trotzdem wurden Kinder weiterhin für Heimarbeit und in der Landwirtschaft eingespannt – und als Verding- und Heimkinder fern von ihren Familien zur Arbeit gezwungen. Die Ausstellung zeigt auch auf, wer sich für Bildung und Schutz der Kinder einsetzte und wie das Thema heute diskutiert wird – womit sich der Kreis zur Arbeit von Solidar Suisse schliesst.



Foto: Fotostiftung / Theo Frey



Kampagne

Auszeichnung für Solidar Suisse

Solidar Suisse hat mit der Image-Kampagne zu «Ungleichheit» den Swiss Out of Home Award in der Kategorie Public Service gewonnen und Anfang September entgegengenommen.

**3
Millionen**

Menschen sterben jedes
Jahr an arbeitsbedingten
Krankheiten oder Unfällen

Erfolgreicher Abschluss der Labour Rights Academy

Drei Jahre lang hat Solidar Suisse mit der Labour Rights Academy Arbeiter*innen in der Textil- und Schuhindustrie von Bosnien und Herzegowina in Arbeitsrechten geschult und für ihr gewerkschaftliches Engagement am Arbeitsplatz gecoacht. Die 62 Absolvent*innen der Akademie übernehmen nun zentrale Funktionen in den Branchengewerkschaften in beiden Landesteilen – eine Teilnehmerin stieg sogar zur Präsidentin auf. Dadurch sind die Gewerkschaften besser vernetzt und können wirksamer gegen Missstände wie nicht gezahlte Rentenbeiträge, prekäre Arbeitsverhältnisse und stagnierende Löhne auftreten. Dank der grösseren Verhandlungsmacht und besseren Rechtskenntnissen der Beschäftigten, konnten im neuen Arbeitsgesetz sowie in zahlreichen neu ausgehandelten Gesamtarbeitsverträgen auf Unternehmensebene Fortschritte erzielt werden.



Fair konsumieren

Jede*r Einzelne von uns kann dazu beitragen, Ausbeutung und Umweltzerstörung aus den Lieferketten zu verbannen. Unsere Konsumententscheidungen sind ein Hebel, um faire Alternativen zu stärken sowie den politischen und gesellschaftlichen Druck auf Unternehmen zu erhöhen. Hier ein paar Tipps:

- **Weniger kaufen, länger nutzen:** Ob Elektronik, Kleider oder Möbel – Pflegen und Reparieren schont Ressourcen und vermindert Abfall. Bevorzugen Sie wenn möglich Secondhand-Produkte.
- **Auf faire Herstellung achten:** Kaufen Sie Produkte, die fair hergestellt wurden und überprüfbare Nachhaltigkeitsstandards erfüllen.
- **Informiert und engagiert bleiben:** Bilden Sie sich eine fundierte Meinung, unterstützen Sie faire Initiativen und bringen Sie sich politisch ein, damit gerechte Regeln verbindlich werden.

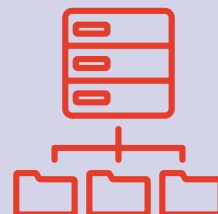


Weitere Tipps finden Sie auf solidar.ch/tipps

Neue Datenbank

Solidar Suisse modernisiert zurzeit die Spenden- und Adressdatenbank. Damit können wir Ihre wertvolle Unterstützung in Zukunft noch sorgfältiger und effizienter verwalten. Solche Umstellungen sind technisch anspruchsvoll – deshalb können in der Übergangsphase bei der Verbuchung von Spenden kleine Fehler auftreten. Bitte haben Sie Nachsicht, falls nicht alles sofort reibungslos läuft.

Wichtig ist: Jede Spende erreicht uns nach wie vor und wird korrekt verbucht. Wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen und Ihre treue Unterstützung!





Arbeiter*innen in einer kambodschanischen Textilfabrik.

Fokus

Gerechte Lieferketten

Die globalen Wertschöpfungsketten unserer Konsumprodukte sind komplex und schnelllebig, allein ihre Transparenz ist eine Herausforderung. Und sie sind von enormen Machtunterschieden geprägt: oben Unternehmen aus reichen Ländern, die hohe Profite einfahren, unten Arbeiter*innen aus dem Globalen Süden, die nicht von ihrem Lohn leben können. Die Erfahrung zeigt: Freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmen verhindern die Ausbeutung von Arbeiter*innen und die Zerstörung der Umwelt nicht – es braucht verbindliche Regelungen.

Erfahren Sie hier, wie Solidar sich für faire Wertschöpfungsketten engagiert.

- 8** **Sorgfalt statt Ausbeutung**
- 10** **Transparenz stärkt Gewerkschaften in Kambodscha**
- 11** **Gemeinden setzen sich für Gerechtigkeit ein**
- 12** **Bangladesch: Der Weg zu sauberem Leder**
- 13** **Höchste Zeit für griffige Konzernverantwortung in der Schweiz**



Sorgfalt statt Ausbeutung

Millionen Menschen schuften weltweit unter ausbeuterischen Bedingungen – trotz internationaler Regelungen, freiwilliger Initiativen von Unternehmen und Labels. Wie können wir erreichen, dass Unternehmen in ihren Lieferketten Menschenrechte und Umweltstandards einhalten?

Text: Anja Ibkendanz, Programmleiterin Asien

Es ist Vorweihnachtszeit. Im Fairtrade-Laden stehe ich vor einem Feuerwehrauto aus Holz, das doppelt so teuer ist wie die Plastikversion mit Blaulicht im Kaufhaus gegenüber. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde meinem Gottenkind das günstigere besser gefallen. Und mir selbst das T-Shirt von der Billigkette nebenan? Doch das schlechte Gewissen meldet sich, besonders nach einem Besuch unserer Projekte in Textil- und Elektronikfabriken, wo wir die Arbeitsrechte stärken.

Profite steigen, Rechte bleiben auf der Strecke

Auch wenn ich als Konsumentin eine Verantwortung trage, habe ich nicht die Macht, die Unternehmen zur Einhaltung der grundlegenden Menschen- und Arbeitsrechte zu zwingen. Denn obwohl dies eine Selbstverständlichkeit sein sollte,

zeugen die Fakten von einer anderen Realität. Während internationale Unternehmen Rekordgewinne einfahren, arbeiten laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über 27 Millionen Menschen unter Bedingungen moderner Sklaverei – Tendenz steigend. Jährlich sterben fast drei Millionen Menschen an arbeitsbedingten Krankheiten oder Unfällen. 138 Millionen Kinder schuften, davon 54 Millionen unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen. Die in den ILO-Kernarbeitsnormen verankerten Rechte werden systematisch verletzt – und das oft ungestraft.

Freiwilligkeit reicht nicht aus

Seit den 1970er Jahren existieren internationale Leitlinien wie die OECD-Richtlinien oder die Uno-Leitprinzipien für

Wirtschaft und Menschenrechte. Doch sie sind rechtlich nicht bindend. In Handelsabkommen wurden teilweise Umwelt- und Sozialkriterien aufgenommen, allerdings meist ohne Klagemöglichkeiten oder harte Sanktionen.

Auf den Druck von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft reagierten die Unternehmen mit freiwilligen Programmen für Corporate Social Responsibility (CSR) – teils gut gemeint, aber selten wirksam. Es fehlt an unabhängigen Kontrollen, klaren Sanktionen und einer vollständigen Erfassung der Lieferketten. Viele CSR-Systeme bleiben oberflächlich und dienen eher dem Firmenimage als der tatsächlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Fairtrade und Labels genügen nicht

Auch der faire Handel basiert ursprünglich auf Selbstverpflichtung. Solidaritätsbewegungen wie jene mit Nicaragua in den 1980er Jahren, in der auch Solidar Suisse aktiv war, führten zur Gründung von Unternehmen im Kaffeehandel. 1988 entstand mit Max Havelaar das erste unabhängige Fairtrade-Label. Das Fairphone zeigt, dass selbst komplexe Lieferketten fairer gestaltet werden können.

Es braucht international verbindliche gesetzliche Regelwerke und Beschwerde- und Überprüfungsmechanismen sowie wirksame staatliche Kontrollen und Sanktionsmechanismen.

Doch es bleibt Kritik: Die Preisaufschläge sind oft zu gering, Transparenz fehlt. In den letzten 30 Jahren wurden viele Standards für Arbeits- und Umweltnormen entwickelt – meist durch Multi-Stakeholder-Initiativen aus engagierten Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich auf spezifische internationale Lieferketten konzentrieren. Zum Beispiel die 1999 gegründete Fair Wear Foundation, die 140 Marken vertritt, oder der RSPO-Standard für Palmöl. Doch Gewerkschaften sind selten eingebunden, Kontrollen oft angekündigt, und Arbeiter*innen werden vorab eingeschüchert. Eine Ausnahme ist das Better-Work-Programm der ILO (siehe Seite 10). Labels und Kontrollen durch Zertifizierungsstellen können ein wichtiger Schritt sein – aber kein Ersatz für gesetzliche Regelungen. Es braucht international verbindliche gesetzliche Regelwerke und Beschwerde- und Überprüfungsmechanismen sowie wirksame staatliche Kontrollen und Sanktionsmechanismen.

Gesetze – kaum eingeführt, schon wieder bedroht

Seit 2014 wird auf Uno-Ebene über ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten verhandelt. 2025 fanden mehrere Runden in Genf statt. Das Abkommen wür-

de Staaten verpflichten, verbindliche Regeln zu schaffen und Klagemöglichkeiten für Betroffene zu verbessern.

Einzelne Länder gehen voran: Das deutsche Lieferkettengesetz gilt seit 2023. Doch während strengere Regeln für unternehmerische Sorgfaltspflicht bis vor Kurzem noch auf gutem Weg schienen, ist die vor einem Jahr in Kraft getretene Lieferketten-Richtlinie der EU bereits wieder unter Beschuss: Die Wirtschaft beklagt den administrativen Aufwand und fordert Einschränkungen. Die Sorgfaltspflicht soll nur noch für direkte Geschäftspartner*innen gelten – obwohl die schlimmsten Bedingungen oft am Ursprung der Lieferkette herrschen. Auch in Deutschland wird die Abschaffung des Gesetzes gefordert.

Neue Herausforderungen, alte Muster

Plattformwirtschaft, KI und Klimawandel verändern die Arbeitswelt. Doch verbindliche internationale Normen und nationale Regelungen dazu fehlen noch. Handelszölle drücken die Margen – auf Kosten der Arbeiter*innen. Die Gefahr: Rückschritte statt Fortschritte.

Was die Schweiz tun muss

Auch hierzulande braucht es politischen Druck. Die Neuauflage der Konzernverantwortungsinitiative ist ein wichtiger Schritt (siehe Seite 13). Sie muss sich jedoch gegen den Widerstand mächtiger Wirtschaftsverbände wie Economie-suisse und SwissHoldings durchsetzen. Diese verteilten im Sommer ein Infoblatt an Parlamentarier*innen mit dem Titel: «Konzernverantwortung – Gibt es schon.» Doch die Realität von Arbeiter*innen im Globalen Süden spricht eine andere Sprache.

Was Solidar Suisse tut

Solidar Suisse ist Teil der Koalition für Konzernverantwortung, und wir verbinden die Arbeit unserer Partnerorganisationen vor Ort mit dem Einsatz für Unternehmensverantwortung in der Schweiz. Wir kämpfen weltweit für faire Arbeitsbedingungen – etwa in der Textilindustrie Kambodschas (siehe Seite 10), im Ledersektor Bangladeschs (siehe Seite 12) oder in der Palmölproduktion. In der Schweiz sensibilisieren wir die Bevölkerung mit Kampagnen zu fairem Spielzeug, Elektronik oder Palmöl für den Zusammenhang zwischen unseren Konsummustern und unwürdigen Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern. Wir engagieren uns für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung und bringen die Stimmen der Arbeiter*innen aus dem Globalen Süden in politische Prozesse ein – auch auf EU-Ebene.

Was wir alle tun können

Einzelne Konsument*innen können keine Sorgfaltspflicht durchsetzen. Aber sie können Verantwortung übernehmen (siehe Tipps auf Seite 5). Den Black Friday auslassen. Fragen stellen. Weniger kaufen und länger nutzen. Produkte wählen, die nicht auf Ausbeutung beruhen. Faire Initiativen unterstützen. Denn ein richtiges Leben im falschen beginnt mit kleinen Entscheidungen – und mit dem Einsatz für grosse Veränderungen. ●

Transparenz stärkt Gewerkschaften in Kambodscha

In Kambodscha produzieren fast eine Million Arbeiter*innen Textilien und Schuhe – die wichtigsten Exportgüter des Landes. Doch vom Wirtschaftswachstum profitieren sie kaum.

Text: Deeksha Gulati, Projektkoordinatorin Asienprogramm für faire Arbeit

Tiefe Löhne, hohe Verschuldung, mangelnder Arbeitsschutz: Um die schlechten Arbeitsbedingungen in den globalen Lieferketten zu verbessern, lancierte die Internationale Arbeitsorganisation ILO 2001 das Programm Better Factories Cambodia (BFC). Zuvor waren private Audits der Unternehmen die einzige Kontrolle der Arbeitsbedingungen. Arbeiter*innen und Gewerkschaften hatten kaum Zugang zu den Ergebnissen.

Better Factories schliesst diese Lücke: Das Programm kontrolliert die Arbeitsbedingungen in Fabriken und publiziert die Ergebnisse auf einem Internetportal, das öffentlich zugänglich ist. Zunächst befassten sich Arbeiter*innen und Gewerkschaften aber kaum mit den auf dem Portal veröffentlichten Befunden, weil die Navigation schwierig und die Informationen nicht klar verständlich waren.



Arbeiterinnen in einer kambodschanischen Kleiderfabrik. Die Konfrontation der Arbeitgebenden mit dokumentierten Missständen hat zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie geführt.

Deshalb begann Solidar Suisse 2018 gemeinsam mit kambodschanischen Gewerkschaften die Arbeiter*innen zu schulen, damit sie auf die Daten zugreifen und diese für Verhandlungen mit den Arbeitgebenden nutzen können.

Belegte Missstände

Inzwischen wurden 6518 Arbeitnehmende und Gewerkschafter*innen geschult. Das machte aus einem Instrument der Imagepflege für Unternehmen ein Mittel zur Einforderung der Arbeitsrechte. «Wir dokumentieren alles: Konflikte, verweigerter Urlaubstage, verspätete Zahlungen. Dadurch, dass wir der Geschäftsleitung Beweise für die Probleme präsentieren konnten, haben wir zum Beispiel erreicht, dass übelriechende Wasserspender entfernt und die Belüftung in den Produktionshallen verbessert wurden», erzählt Moa Srey Mom von der Cambodian Alliance of Trade Unions (CATU).

Mit den Belegen können die Beschäftigten von den Arbeitgebenden die Einhaltung von Standards einfordern – auch bei Verhandlungen über Gesamtarbeitsverträge. Dies verschiebt das Kräfteverhältnis: Die Unternehmensleitung kann Missstände nicht mehr negieren und die Anliegen der Arbeitnehmenden als anekdotisch abtun.

Konkrete Erfolge

Mit der Zeit begannen die Arbeiter*innen, auch eigene Daten zu generieren: Sie kontrollierten, ob die behauptete Einhaltung der Bestimmungen den tatsächlichen Gegebenheiten entsprach. So konnten sie die Arbeitgebenden über die jährlichen formellen Audits hinaus zur Rechenschaft ziehen.

Mit weitreichenden Folgen: Fabriken, in denen die Arbeiter*innen geschult worden waren, erzielten Fortschritte. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz wurden verbessert, Löhne und Überstunden bezahlt, Abfindungen bei Entlassungen gewährt, Hitzestress und geschlechtsspezifische Gewalt angegangen. In einer Fabrik gelang es aufgrund der Daten zum Beispiel, eine Erhöhung der Essenszulage von 40 auf 60 Rappen und eine freiwillige Gesundheits- und Urlaubszulage von zehn Franken zu erreichen. Diese

Erfolge stärken auch das Selbstvertrauen und die Handlungsfähigkeit der Arbeitnehmenden, weil sie sehen, dass sie ihre Rechte durchsetzen können.

Es braucht starke Gewerkschaften

Doch es gibt auch Kritik: Zu detaillierten Berichten haben die Gewerkschaften keinen Zugang; die Namen der Fabriken werden online in englischer Sprache aufgeführt, was es den Arbeitnehmenden erschwert, ihre Fabrik zu finden; die Website ist schwer zugänglich, weshalb sie Arbeiter*innen ohne Schulung kaum nutzen können. Die Gewerkschaften haben Forderungen zur Stärkung der Arbeiter*innen im Better-Factories-Programm bei der ILO deponiert und zum Beispiel erreicht, dass die Hauptwebseiten in die Landessprache Khmer übersetzt wurden.

Die Erfahrung in Kambodscha zeigt, dass dann bedeutende Veränderungen vorangetrieben werden können, wenn starke Gewerkschaften die öffentlich zugänglichen Daten als Hebel für die Rechenschaftspflicht, die Stärkung ihrer Verhandlungsmacht in der Fabrik und für branchenweite Verbesserungen nutzen können und so zu Agent*innen des Wandels werden. ●

Ihre Spende wirkt!

70
Franken

Mit 70 Franken ermöglichen Sie die Schulung von zehn Gewerkschafter*innen im Umgang mit Better-Factories-Daten.

150
Franken

Mit 150 Franken können Gewerkschafter*innen Strategien für Sicherheit am Arbeitsplatz und gegen sexuelle Belästigung austauschen.

200
Franken

Mit 200 Franken lernen Arbeiter*innen in einem halbtägigen Workshop, Missstände wie Lohn-diebstahl, Hitzestress oder Belästigung zu dokumentieren.

solidar.ch/mithelfen



Gemeinden setzen sich für Gerechtigkeit ein

Solidar Suisse engagiert sich seit Jahren für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung. Ein neues Gesetz hilft motivierten Behörden.

Text: Katja Schurter, Redaktorin

Gemeinden entscheiden mit, ob in Lieferketten faire Arbeitsbedingungen und ökologische Standards eingehalten werden – etwa wenn sie Computer für Schulen, Uniformen für die Polizei oder Pflastersteine für Strassen einkaufen. Mit jährlich 41 Milliarden Franken verfügt die öffentliche Hand in der Schweiz über eine enorme Marktmacht – und trägt damit Verantwortung. Seit 2008 setzt sich Solidar für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung ein.

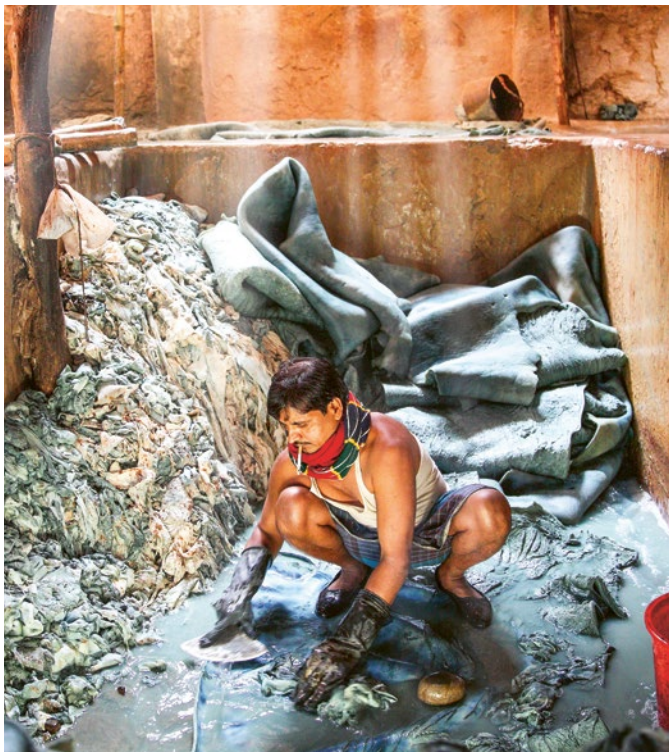
2011 lancierten wir das erste Gemeinderating, um aufzuzeigen, inwiefern Schweizer Gemeinden beim Einkauf auf soziale Nachhaltigkeit achten. Parallel dazu setzten wir uns gemeinsam mit anderen NGOs für deren Verankerung in der Revision des Beschaffungsgesetzes ein. Mit Erfolg: Das 2021 in Kraft getretene Gesetz schafft mehr Spielraum für nachhaltige Kriterien.

Rechtssicherheit als Hebel

«Das Gesetz bringt Rechtssicherheit», sagt Olivia Bolliger von der Stiftung Pusch, die Gemeinden dabei unterstützt, ihren Einkauf nachhaltig zu gestalten. Zwischen den Gemeinden gibt es weiterhin grosse Unterschiede – oft hängt die Umsetzung vom Engagement einzelner Personen ab. Aber Gemeinden nehmen das Thema zunehmend in Angriff: «Wegen der wachsenden Nachfrage haben wir vor zwei Jahren ein Angebot eingeführt, das Gemeinden bei der Ausarbeitung von Richtlinien begleitet», sagt Bolliger.

Das Solidar-Gemeinderating von 2023 stellte ebenfalls eine Fortsetzung des positiven Trends fest: Immer mehr Gemeinden verankern soziale und ökologische Kriterien in verbindlichen Richtlinien. Auch Labels wie «Energistadt» oder «Fair Trade Town» sind ein Anreiz und bieten hier Unterstützung. So zeigt eine Studie von Fair Trade Town anhand positiver Praxisbeispiele und mit konkreten Empfehlungen, wie die neuen Möglichkeiten genutzt werden können. «Einige Gemeinden suchen unsere Begleitung, weil sie Energiestadt oder Fair Trade Town sind oder werden wollen», sagt Olivia Bolliger. Und das neue Gesetz zeigt auch politische Wirkung: «Es hilft, nachhaltige Initiativen im Gemeinderat durchzubringen.» ●

Beratungsangebot von Pusch: pusch.ch/fuer-gemeinden/beschaffung
Handlungsempfehlungen von Fair Trade Town: bit.ly/47gs0bt



Arbeiter beim Behandeln von Leder in einer Gerberei in Bangladesch.

Der Weg zu sauberem Leder

In Bangladesch bringt eine Plattform Akteur*innen zusammen – für eine umweltverträgliche Lederindustrie mit würdigen Arbeitsbedingungen.

Text: Indira Gartenberg, Verantwortliche Asienprogramm für würdige Arbeit

Die Lederproduktion in Bangladesch ist von gefährlichen Chemikalien, tiefen Löhnen und Umweltverschmutzung geprägt. Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren die Verletzung der Arbeitsrechte insbesondere in den Gerbereien: «Die Arbeiter*innen leiden häufig unter Haut- und Lungenerkrankungen, Kopfschmerzen, Durchfall und Müdigkeit, weil sie ohne Schutz mit gefährlichen Chemikalien hantieren müssen», berichtet die NGO Asia Foundation. «Die meisten Gerbereien halten sich nicht an nationale oder internationale Standards für Lagerung, Transport und Verwendung gefähr-

licher Chemikalien.» Auch umliegende Gemeinden sind stark von der Umweltverschmutzung durch Gerbereien betroffen.

Wirtschaftskraft mit Schattenseiten

Als Produzentinnen des zweitwichtigsten Exportartikels von Bangladesch beschäftigen Gerbereien, Schuh- und Lederwarenfabriken direkt und indirekt fast eine Million Arbeiter*innen. Derzeit exportiert Bangladesch seine Lederprodukte in 53 Länder, darunter auch die Schweiz. Schuhe machen dabei mehr als die Hälfte aus, Nachfrage steigend. 2019 definierte die Regierung die aufstrebende Lederindustrie als Schwerpunktbranche und setzte eine hochrangige Arbeitsgruppe ein, um die Einhaltung der Vorschriften zu verbessern, Arbeitnehmer*innenrechte zu schützen und internationale Zertifizierungen zu erhalten.

Doch die Herausforderungen sind gross und Ereignisse wie die Coronapandemie, der Ukrainekrieg oder die gegenwärtige Zollpolitik der USA haben das Problem der unsicheren Arbeitsplätze, die unregelmässige Bezahlung und Ausbeutung der Arbeiter*innen in den Lieferketten noch verschärft. Ausserdem führt die Einschränkung der Zivilgesellschaft durch die Regierung dazu, dass der Raum, um Verbesserungen durchzusetzen und ihre Rechte einzufordern, für Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen enger wird.

Gemeinsam für bessere Standards

Um die verschiedenen Akteur*innen trotz aller Widerstände für eine sozial- und umweltverträglichere Lederindustrie zusammenzubringen, hat die Solidar-Partnerorganisation Bangladesch Occupational Health, Safety and Environment Foundation (OSHE) das Leather Development Forum (LDF) mit aufgebaut. Die Plattform bringt Akteur*innen der Zivilgesellschaft, Arbeitgebende, Regierung, Gewerkschaften und die Wissenschaft auf nationaler und globaler Ebene zusammen. Sie ermöglicht auch den Austausch von Fachwissen unter Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. So können gemeinsam Ideen für dauerhafte Verbesserungen in den Bereichen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Gender und internationale Arbeitsrechts- und Umweltstandards entwickelt werden. Mit Erfolg: Die Regierung berücksichtigte eine LDF-Studie als Referenz für die Anhebung des Mindestlohns in den Gerbereien, die diesen Dezember in Kraft treten soll. Es wurde ein Vorschlag für die Verankerung eines Mutterschaftsurlaubs im Arbeitsrecht entwickelt, und Empfehlungen für Arbeits- und Umweltvorschriften haben zu einer besseren Abwasserreinigung geführt.

Wenn globale und lokale Akteur*innen sich verbünden

«Das LDF unterstützt Arbeitgebende auch dabei, die Vorschriften zur Sorgfaltspflicht bezüglich Menschenrechte und Umwelt zu erfüllen, um für Standards wie das neue EU-Lieferkettengesetz gerüstet zu sein», sagt OSHE-Geschäftsleiter Alam Hossain. So können internationale Regeln Arbeiter*innen dabei unterstützen, trotz schwacher oder nicht umgesetzter nationaler Gesetze ihre Rechte einzufordern – und umgekehrt machen lokale Gewerkschaften Druck, wenn internationale Mechanismen keine Wirkung zeigen. ●

Höchste Zeit für griffige Konzernverantwortung in der Schweiz

Immer wieder verletzen Konzerne mit Sitz in der Schweiz Menschenrechte oder zerstören die Umwelt. Sie müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Text: Zina Mannai, Koalition für Konzernverantwortung

Damit Konzerne wie Glencore zur Rechenschaft gezogen werden können, etwa wenn sie von Kinderarbeit profitieren oder ganze Landstriche zerstören, wurde im Mai dieses Jahres die zweite Konzernverantwortungsinitiative eingereicht. Die Unterschriften waren von rund 10'000 Freiwilligen in Rekordzeit gesammelt worden.

Schweiz bald Schlusslicht Europas

In verschiedenen europäischen Ländern wie Frankreich, Deutschland und Norwegen wurden in den letzten Jahren Konzernverantwortungsgesetze eingeführt. 2024 wurde zudem eine Richtlinie verabschiedet, die in der ganzen EU einheitliche Regeln für die Sorgfaltspflichten der Konzerne festlegt. Damit liegt die Schweiz im europäischen Vergleich zurück – obwohl Bundesrätin Karin Keller-Sutter 2020 im Abstimmungskampf zur ersten Konzernverantwortungsinitiative versprochen hatte, international abgestimmt vorzugehen und für Unternehmen in der Schweiz gleiche Wettbewerbsbedingungen wie in der EU zu schaffen.

Eine starke Bewegung erhöht den Druck auf die Politik
Anfang September hat der Bundesrat nun bekanntgegeben, dass er einen indirekten Gegenvorschlag zur neuen Initiative ausarbeiten wird. Der konkrete Inhalt ist derzeit noch unklar. Im Frühling 2026 startet voraussichtlich die Vernehmlassung, damit der Bundesrat bis November 2026 seine Botschaft ans Parlament verfassen kann. Anschliessend folgt die parlamentarische Beratung. Während dieses Prozesses ist es entscheidend, dass die Bewegung für Konzernverantwortung weiterwächst. Zum einen, um den Druck auf Bundesrat und Parlament zu erhöhen, zum anderen, um die Abstimmungskampagne vorzubereiten. Denn die Schweiz braucht ein griffiges Gesetz, damit Konzerne geradestehen müssen, wenn sie Menschenrechte verletzen oder die Umwelt zerstören.

Misstände auf Socfin-Plantagen

Regelmässig decken Medienschaffende oder zivilgesellschaftliche Organisationen neue Misstände auf, in die Schweizer Konzerne verwickelt sind. Ein Beispiel: der Agrarkonzern Socfin, der in zehn Ländern Afrikas und Asiens Palmöl- und Kautschukplantagen betreibt. Socfin sitzt offiziell in Luxemburg, zentrale Handels- und Managementgeschäfte laufen



Arbeiterinnen sammeln Früchte auf einer Palmölplantage von Socfin in Sierra Leone.

aber über die Schweiz. Rund um mindestens 15 Plantagen werden seit Jahren schwerwiegende Vorwürfe erhoben: Landnahmen mit unzureichender oder fehlender Entschädigung, Umweltverschmutzung sowie sexuelle Ausbeutung von Arbeiterinnen. Frauen erzählen, dass Vorgesetzte sie zu sexuellen Handlungen zwangen, falls sie weiter auf den Plantagen arbeiten wollten. Anwohnerinnen berichten von Vergewaltigungen, als sie Socfin-Plantagen durchquerten. Wer gegen Socfin protestiert, sieht sich häufig brutaler Repression seitens der Polizei und Sicherheitskräften ausgesetzt. Gleichzeitig hat der Konzern den Ruf, unliebsame Stimmen mit Klagen zum Schweigen zu bringen. ●

Live-Podcast «Wir müssen reden»

Wollen Sie mehr über den Fall Socfin und Konzernverantwortung erfahren? Am 20. November wird in Bern in Zusammenarbeit mit der Koalition für Konzernverantwortung, zu der auch Solidar Suisse gehört, eine Folge des Public-Eye-Podcasts «Wir müssen reden» live aufgezeichnet.



Die Folge kann nachher auf allen gängigen Podcast-Kanälen gehört werden. Infos unter: www.konzernverantwortung.ch/podcast

Unterstützen Sie die Konzernverantwortungsinitiative, indem Sie eine Fahne bestellen unter www.konzernverantwortung.ch/kampagnenmaterial

«Es ist nicht trivial, wirksame Massnahmen zu definieren»

Vom Prinzip zur Praxis: Wie können Schweizer Unternehmen Menschenrechte und Umweltstandards in ihr Geschäft integrieren? Focusright-Co-Geschäftsleiterin Sibylle Baumgartner hat ein paar Ideen.

Interview: Katja Schurter, Redaktorin



Sibylle Baumgartner
Co-Geschäftsleiterin von focusright

Focusright berät Unternehmen: Was sind die Stolpersteine, wenn sie Verantwortung für Menschen und Umwelt übernehmen wollen?

Einerseits die generelle Komplexität der Lieferketten. Andererseits gibt es viele Themen, die Unternehmen angehen müssen, wenn sie in ihrer Tätigkeit Menschenrechte und Umweltstandards einhalten wollen. Und es ist nicht trivial, wirksame Massnahmen zu definieren.

Wie kann das Risiko von Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette vermindert werden?

Zunächst muss das Unternehmen definieren, welche Themen es angehen will. Bei der Auswahl der Materialien, aus denen die Produkte hergestellt werden, stellt sich die Frage nach den Risiken der verwendeten Rohstoffe. Wie kann es auf deren Herstellung Einfluss nehmen? Muss es auf nachhaltig hergestellte Rohstoffe umstellen? Solche Entscheidungen brauchen Zeit, und die Unternehmensleitung muss sich damit befassen.

Wie können verschiedene Akteur*innen involviert werden?

Je nach Thema. Im Falle von exzessiven Überstunden empfehlen wir Fokusgruppen mit den Mitarbeitenden, um die Ursache zu finden. Vielleicht ist der Lohn ohne Überstunden zu tief. Dies herauszufinden ist nicht immer einfach – schon gar nicht über die gesamte Lieferkette. Oder es liegt an der kurzfristigen Auftragsvergabe. Dann sind tiefgreifende Änderungen in der Ge-

«Neue Regulierungen haben dazu geführt, dass sich viel mehr Unternehmen mit der Sorgfaltspflicht befassen.»

schäftspraxis nötig. Bei Rohstoffen – etwa Kobalt aus dem Kongo – ist es wegen mangelnder Rückverfolgbarkeit oft schwierig, in den direkten Dialog zu treten. Da muss von den bekannten Risiken ausgegangen werden, solange nicht das Gegenteil erwiesen ist.

Welche Rolle spielt Transparenz?

Wir müssen zwischen Rückverfolgbarkeit und Transparenz unterscheiden. Beides ist wichtig. Im Wissen um die Komplexität und Schnellebigkeit von Lieferketten warnen wir aber davor, zu viel Energie in die Rückverfolgbarkeit

zu stecken, statt wirkungsorientierte Massnahmen zu ergreifen.

Wie sieht ihre Zusammenarbeit mit Unternehmen konkret aus?

Meist geht es darum, die gravierendsten Risiken und mögliche Missstände zu erkennen und herauszufinden, wie Massnahmen umgesetzt und im Unternehmen verankert werden können. Welche Fragen müssen gestellt, wer muss geschult, wie müssen Beschwerdemechanismen gestaltet werden, damit die Leute es wagen, diese auch zu nutzen? Mit welchen Lieferant*innen muss ein Dialog geführt werden?

Welche Verantwortung haben die Regierungen der Produktionsstandorte?

Eine grosse. Meist gibt es Arbeitsgesetze, die aber nicht durchgesetzt werden. Wenn Monitoringsysteme und Arbeitsinspektionen funktionieren, können Unternehmen sich daran orientieren.

Braucht es gesetzliche Vorgaben in den Konsumländern?

Als ich vor acht Jahren focusright mitgegründet habe, gab es noch fast keine gesetzlichen Vorgaben. Neue Regulierungen haben dazu geführt, dass sich viel mehr Unternehmen mit der Sorgfaltspflicht befassen. Heute interessieren sich auch die Rechtsabteilungen dafür. Aber ich kann nicht sagen, dass die Umsetzung im Unternehmen dann zwingend engagierter ist; sie kann auch zu einer Pflichtübung werden. ●

Mit ComunicraIA die Demokratie stärken

Eine Kampagne will die Menschen in Bolivien motivieren, sich aktiv und respektvoll am politischen Prozess zu beteiligen.

Text: Abdel Padilla und Guimer Zambrana, Kommunikation Bolivien

«Die Demokratie stimmt für dich»: Das war einer der Slogans, die das bolivianische Netz der Kommunikator*innen (RedCom) vor den Präsidentschaftswahlen in Bolivien im August und der Stichwahl im Oktober verbreitete. Die mit Unterstützung der Schweizer Botschaft lancierte Initiative «ComunicraIA» (eine Wortschöpfung aus Kommunikation, Demokratie und KI) möchte demokratische Werte, eine Kultur des Friedens, Dialog und sozialen Zusammenhalt fördern.

Gegen den Verlust der politischen Kultur

Die Kampagne verfolgt das Ziel, die Bevölkerung zu motivieren, ihre politischen Rechte informiert und respektvoll wahrzunehmen – insbesondere durch eine bewusste Wahlentscheidung. Sie will die Menschen anregen, sich zu überlegen, wen sie warum wählen, zu hinterfragen, was sie auf Social Media lesen, und demokratische Spielregeln zu befolgen. Denn wenn alle die Rechte anderer achten, haben auch alle etwas von der Demokratie, die ihr Leben mitbestimmt – oder eben: «Die Demokratie stimmt für dich.»

Aktiv am demokratischen Prozess teilnehmen

«Wir ermutigen junge Menschen, ihre Stimme zu erheben und andere Meinungen – respektvoll – zu hinterfragen. Dadurch werden sie von blossen Beobachter*innen zu aktiv am demokratischen Prozess Teilnehmenden», sagt Con-



Die Schweizer Botschafterin Maja Messmer Mokhtar (rechts) an einem Event des Netzwerks der Kommunikator*innen zur Kampagne «ComunicraIA».

suelo Montaño. Sie ist Kommunikationsbeauftragte der Gemeinde Chimoré im Departement Cochabamba und Teil von RedCom. Das vor 20 Jahren von Solidar Suisse lancierte Netzwerk von Medienschaffenden ist inzwischen mit 150 Angehörigen das grösste im Land.

Für ComunicraIA wurden Mitglieder des Netzwerks in der Menschenrechtsbildung und in Methoden zur Überprüfung von Informationen geschult. Denn Fake News sind auch in Bolivien ein grosses Problem.

Räume für öffentliche Debatten

Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen bieten die Kommunikator*innen von RedCom Räume für Reflexion und öffentliche Debatten in ihren Gemeinden, damit sich die Menschen eine Meinung bilden können. Zum Beispiel der Radiosender «Kancha Parlaspa» in Cochabamba, der eine Debatte über Demokratie im Zeitalter digitaler Netzwerke organisierte. «Ich glaube, wir konnten die Teilnehmenden davon überzeugen, ihre Rechte auszuüben und Verantwortung für ihre Entscheidungen zu übernehmen», sagt Sendungsmacherin Lidia Tococari.

Auch über Social Media werden Botschaften verbreitet. So bildet ein Facebook-Post ein «antidemokratisches Bingo» ab und fragt die Lesenden: «Seguimos jugando con el futuro?» – «Willst du leichtfertig die Zukunft aufs Spiel setzen?» Es kann dabei zum Beispiel auf *Fake News teilen*, *Diskutieren ohne zuzuhören*, *Beleidigen als Sport* oder *Das geringere Übel wählen* gesetzt werden. Der Zeitung La Prensa in La Paz war ComunicraIA sogar eine Schlagzeile wert. So erreichte die Kampagne jede siebte Person in Bolivien. ●



Facebook-Post mit antidemokratischem Bingo.



Eine Frau, viele Kämpfe

Jamila Nawaz engagiert sich in Pakistan für Frauenrechte und würdige Arbeit – trotz eingeschränktem Spielraum der Zivilgesellschaft. Sie hat einiges bewegt und noch viel vor.

Text: Katja Schurter, Redaktorin

«Ich bin vor 20 Jahren per Zufall in der humanitären Unterstützung gelandet», sagt Jamila Nawaz lachend. Und sie blieb, obwohl Frauen in diesem Bereich damals schräg angeschaut wurden. Ein verheerendes Erdbeben im Jahr 2005, von dem sie auch selbst betroffen war, bestärkte ihren Entschluss: «Danach

habe ich nie mehr daran gedacht, etwas anderes zu tun. Mir gefällt, dass ich Menschen unterstützen kann, wenn sie es am nötigsten brauchen.»

Frauen stärken

Der Wendepunkt zum Engagement für Frauen war ihre zehnjährige Tätigkeit

bei Oxfam. «Ich realisierte, dass vor allem die Frauen leiden. Wo immer in Pakistan ich auch arbeitete, waren sie Gewalt ausgesetzt – sei es zu Hause, auf dem Feld oder auf dem Markt –, und es wurde stillschweigend toleriert.» Ihr wurde klar, dass das nicht okay ist und sie etwas dagegen tun wollte. Das Genderführungsprogramm von Oxfam veränderte auch sie selbst: Jamila Nawaz wurde selbstbewusster und begann, Führungs- und Managementpositionen anzustreben.

Bis heute hat sich die Lage für Frauen und Kinder in Pakistan leider nicht verbessert: «Frauen sind nach wie vor Belästigung, Missbrauch und Diskriminierung ausgesetzt. Weil sie wenig Möglichkeiten und Zugang zu Ressourcen haben, schicken sie ihre Kinder zur Arbeit. Und der technische Fortschritt hat sexuelle Belästigung über Online-Plattformen verstärkt.» Besonders auf dem Land ist die Unterdrückung gravierend. Nawaz, die das Glück hatte, mit einem Vater aufzuwachsen, der die Ausbildung seiner Töchter hochhielt, setzt auf Bildung, ökonomische Ressourcen und geschützte Räume für Frauen. «Wir können Frauen nicht dafür sensibilisieren, dass die Schule wichtig ist für ihre Kinder, wenn sie nicht genug zu essen haben. Dann hören sie nicht zu, wenn ihnen jemand erzählt, dass Arbeit nicht gut ist für ihre Kinder.» Projekte zur Unterstützung von Frauen aufzubauen, die nachhaltige Veränderungen bewirken, ist eine Herausforderung, weil die Männer Angst haben, Kontrolle, Macht und Privilegien zu verlieren. «Du musst sie auch zu Verbündeten machen», weiss Nawaz aus Erfahrung. Keine leichte Aufgabe.

Zivilgesellschaft unter Druck

Seit April leitet Jamila Nawaz das Solidar-Programm in Pakistan – unter schwierigen Bedingungen. «Die politische Situation hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Weltweit und insbesondere in Pakistan wird die Zivilgesellschaft zunehmend streng kontrolliert und eingeschränkt.» So wurden Freund*innen von Nawaz bei Demonstrationen verhaftet und geschlagen. Die Arbeit von NGOs wird auch durch die gegenwärtigen Kürzun-

gen der Finanzmittel bedroht und hat viele Organisationen dazu gezwungen, Personal abzubauen und Projekte zu beenden. Gleichzeitig erhöhen wiederkehrende Katastrophen und Klimaschocks die Risiken für das Überleben und die Ernährungssicherheit – speziell für Frauen, Kinder und Arbeiter*innen. «Hier können wir viel bewirken», sagt Nawaz. Doch die Kürzungen gefährden dieses Engagement.

Gefährliche Frauenarbeit

Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit sind die Arbeitsrechte. «Nur wenige Organisationen engagieren sich dafür – Solidar hat hier mit seinen Werten eine starke Position.» Nawaz kämpft gegen Kinderarbeit und für bessere Bedingungen für Hausangestellte und Landarbeiter*innen. Auch hier verrichten die Frauen die gefährlichste und am schlechtesten bezahlte Arbeit: Auf Baumwoll-

«Wir können Frauen nicht dafür sensibilisieren, dass die Schule wichtig ist für ihre Kinder, wenn sie nicht genug zu essen haben.»

feldern leidet jede dritte unter Hautproblemen infolge von Pestiziden. Die Frauen arbeiten bei 45 Grad im Schatten – oft gemeinsam mit ihren Kindern.

Die Regierung unternimmt wenig gegen Kinderarbeit. Deshalb setzt sich Solidar Suisse mit Projekten und auf politischer Ebene ein. Zum Beispiel, indem Community-Schulen eingerichtet oder ein Pilot-Kindergericht in Lahore unterstützt wurden, damit Kinder auf sichere und würdige Weise Zugang zur Justiz erhalten. Dieses Modell muss nun

auf ganz Pakistan ausgeweitet werden. Wenn sie nicht arbeitet, nimmt Jamila Nawaz ihre Nichten und Neffen mit in die Berge. «Ich liebe Kinder, aber allein ein Kind zu haben, ist in Pakistan schwierig.» Ihre Vision: Dass alle arbeiten, allein reisen und sich dabei sicher fühlen können – ob Kind, Frau oder Mann. «Ich fühle mich privilegiert, dass ich die Fähigkeiten entwickeln konnte, um die Arbeit zu tun, die ich möchte. Alle sollten diese Möglichkeit und sichere Räume haben. Dafür kämpfe ich.» ●



Dominic Deville

Der Satiriker, Schauspieler und Punkmusiker kommentiert in jeder zweiten Soli das Zeitgeschehen.

Kinder, Kinder!

Keine Sorge. Hier geht es für einmal nicht darum, auf die oftmals ungeheuerlichen Umstände hinzuweisen, unter denen Minderjährige von Burkina Faso bis Laos schuften müssen. Um uns unsere Second Screens und Primal Needs zu ermöglichen. Nein. Ich möchte mich darüber auslassen, wie man mit den verzogenen und verwöhnten Gören Kindern zwischen Pregny-Chambésy und Nauders sowie Stabio und Rheinau umzuspringen hat.

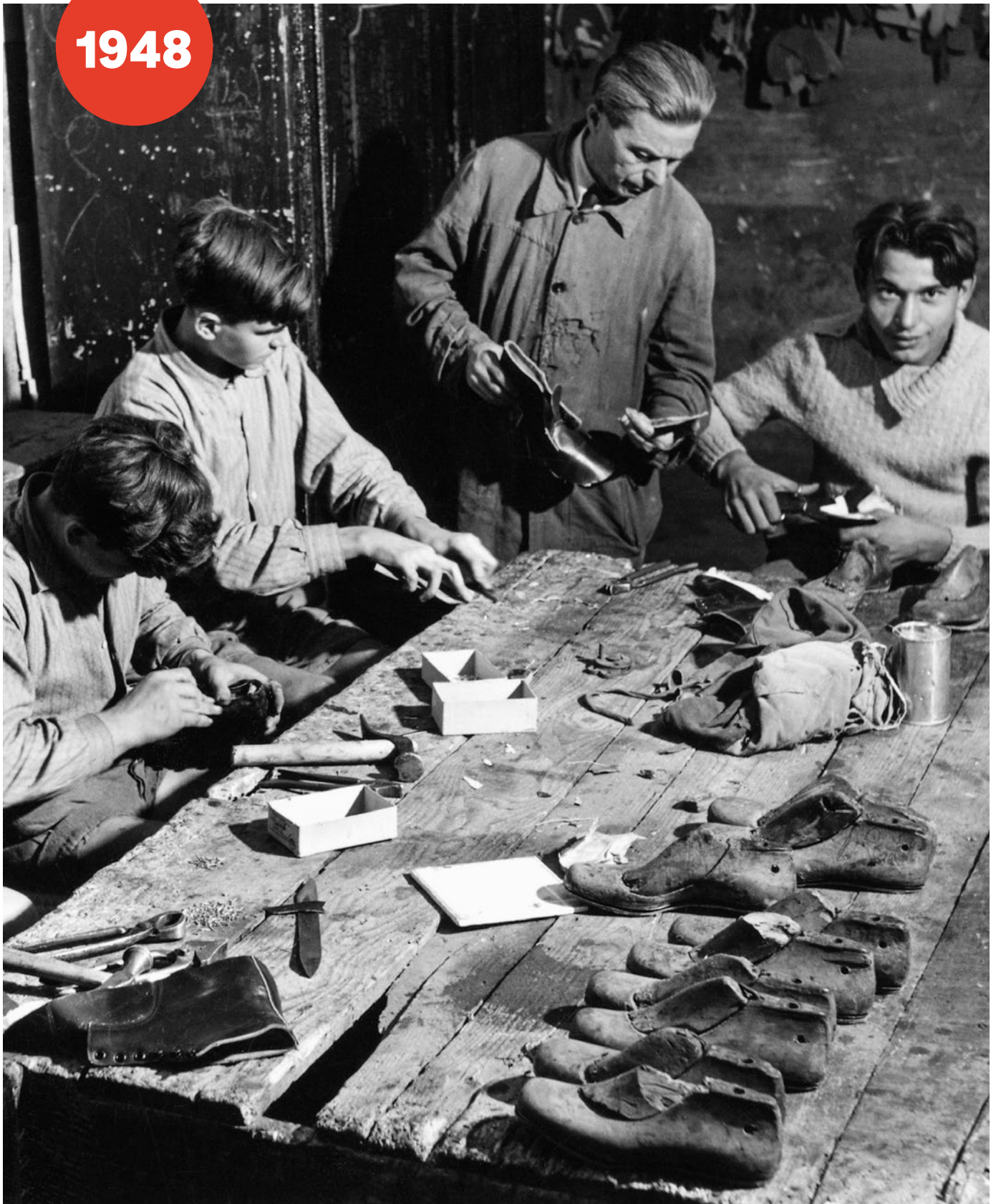
Weil ich DARF das. Schliesslich bin ich diplomierte Kindergarten-Lehrperson. Und falls Sie sich nun fragen, wie ich in rund 1500 Zeichen von gelebter Pädagogik zu angewandter Konsumkritik gelange, seien Sie versichert: Ich KANN das. Schliesslich bin ich auch diplomierter Satiriker.

Im Schulbetrieb setzt man gerne Leitplanken, definiert Grenzen und handelt dann mit der Klasse Regeln aus, was jene Bälger Kinder erwartet, die diese überschreiten. Um dann auch danach zu verfahren. Und genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Oder passender: die Wildsau! Weil ohne erkennbare Konsequenz bricht sich rasch das quietschfidele Chaos Bahn. Der Znüni wird auf dem Trampolin hüpfend eingenommen, Filzmarker auf eher unüblichen Materialien wie hohen Pädagogenstirnen ausprobiert und wilde Verfolgungsjagden mit Scheren in den Händen abgehalten. Schauderhaft.

Man könnte also sagen: Das durchschnittliche Schweizer Kindergartenkind unterscheidet sich nur marginal von einem durchschnittlichen Schweizer Konzern. Beide sehen in erster Linie sich im Mittelpunkt ihres Tuns und Lassens, und beide versuchen ein Maximum an Eigennutz umzusetzen. Bei den Blägen Kindern ist es uns unglaublich wichtig, dass ihr Handeln Konsequenzen hat. Bei Konzernen erstaunlicherweise weniger.

Was für eine Diskrepanz! Vor allem wenn man bedenkt, dass ein Kind dabei höchstens mal eine Pädagogenstirn verunstaltet. Und nicht ganze Ökosysteme.

1948



Lange Geschichte der Solidarität

1948 fertigen Knaben und junge Männer des Erziehungsheims Cesare Beccaria in Arese bei Milano Schuhe an. Das Leder hat das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH (aus dem Solidar Suisse hervorging) gestiftet. Damals ging es nicht um komplizierte und ungerechte Lieferketten: Die Hilfsaktion war Teil der Unterstützungstätigkeit des SAH in den umliegenden kriegsversehrten Ländern, die mit der Versendung von Lebensmittelpaketen begann.

Solidar-Sudoku

	3	9			1			
		8		6				
	1		4	7	5		8	3
						2	1	8
2								6
3	8	1						
5	7		6	8	2		3	
				1		7		
			7			8	4	

Impressum

Herausgeberin

Solidar Suisse
 Quellenstrasse 31
 8005 Zürich
 Tel. 044 444 19 19
 kontakt@solidar.ch, solidar.ch
 IBAN CH67 0900 0000 8000 0188 1
 Mitglied des europäischen
 Netzwerks Solidar

Redaktion

Katja Schurter (verantwortliche
 Redaktorin), Christian von Allmen,
 Benjamin Gross, Sylvie Arnanda,
 Cyrill Rogger

Layout

notice.design

Übersetzungen

Katja Schurter, alingui

Korrektorat

Jeannine Horni, Valérie Knechciak

Druck und Versand

Mattenbach AG

Papier

Holmen Trend 2.0, ISO 14001
 und FSC zertifiziert

Auflage

37'000 (erscheint vierteljährlich)
 Der Abonnementspreis ist im
 Mitgliederbeitrag inbegriffen
 (Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–,
 Organisationen mindestens Fr. 250.–
 pro Jahr).

Rückseite

Kämpfen Sie mit uns gegen Ungleich-
 heit. Visual: Spinax Civil Voices

Lösungswort

--	--	--	--	--	--	--	--

Spielregeln

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3x3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel: 1=T, 2=O, 3=G, 4=S, 6=L, 7=F, 8=A, 9=R

- 1. Preis** Ein Beutel aus El Salvador
- 2. Preis** Ein Glücksbringer aus der Türkei
- 3. Preis** Mangos aus Burkina Faso

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

Einsendeschluss ist der 15. Dezember 2025. Die Namen der Gewinner*innen werden in der Soli 1/2026 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Das Lösungswort des Rätsels in der Soli 4/2024 lautete «Nicht vergessen». Verena Wegmüller aus Pfäffikon hat das Buch «Frauen auf der Flucht» von Tina Ackermann gewonnen, Elisabeth und Daniel Devaud aus La Chaux-de-Fonds einen Glücksbringer aus der Türkei und Heinz Bögle aus Zürich Mangos aus Burkina Faso.



Ihre Spende
 in guten Händen.

PROFE IT Hunger ger löh ne

Bekämpfe die weltweite
Ungleichheit mit uns: solidar.ch

solidar
suisse